

Streik: Stadt hat schon 120 000 Euro gespart

Wegen des Ausstands der Erzieher in Kitas fordern Fraktionen in Achim, Eltern die Kostenbeiträge zu erstatten

VON FELIX WEIPER

Achim. Eltern schieben Frust. Freuen kann sich dagegen der Kämmerer der Stadt über unverhoffte Einsparungen. Der Streik der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten und Krippen entlastet den Haushalt der Stadt Achim erheblich. Für den am 8. Juni tagenden Sozialausschuss hat die Verwaltung beispielhaft ausgerechnet, wie hoch die streikbedingten Einsparungen in der Woche vom 11. bis 15. Mai waren. Demnach waren in diesem Zeitraum 76 Beschäftigte der Kitas in Baden, Uphusen, Uesen und Stadtwald sowie in der Kita Schlaumäuse im Ausstand. Personalkosten in Höhe von knapp 35 000 Euro für diese Woche behielt die Stadt ein und zahlte sie nicht aus. Da am morgigen Freitag bereits die vierte Streikwoche zu Ende geht, dürften sich die gesamten ausgefallenen Lohnleistungen auf jetzt schon rund 120 000 Euro summieren.

Der Sozialausschuss des Stadtrates wird sich am 8. Juni mit der Frage befassen, ob die Stadt den Eltern von Krippen- und Kita-Kindern aufgrund des Streiks einen Teil der Gebühren erstatten sollte. Die Verwaltung schlägt vor, darauf zu verzichten. Der Grund: Es gebe keinen Rechtsanspruch

„Die Verlässlichkeit der Betreuung ist infrage gestellt.“

Hans Baum, FDP Achim

der Eltern, heißt es in der Beschlussvorlage für den Ausschuss. Für den Fall, dass die Ratsgremien sich anders entscheiden und einer Erstattung zustimmen sollten, schlägt die Verwaltung vor, die Kostenbeiträge der Eltern in voller Höhe für solche Kinder zurückzuzahlen, die keinen Notdienst in Anspruch genommen haben. Für Kinder, die im Notdienst betreut werden, sollten für die betreffenden Tage jeweils 50 Prozent der Kostenbeiträge erstattet werden.



Streikende Erzieher zogen am Dienstag im Protestmarsch durch Achim. Die Stadt behält Lohnzahlungen während des Streiks ein.

FOTO: WEIPER

Bereich würden nur zu rund 20 Prozent durch Elternbeiträge gedeckt.

wäre keine echte Hilfe für die Familien, nur die von ihnen gezahlten Elternbeiträge zu

ab, dass auch wir uns für eine Erstattung aussprechen werden.“ Die Forderungen

Grüne, CDU und FDP in Achim haben sich inzwischen positioniert: Die Christdemokraten haben sich bereits vor Wochen dafür ausgesprochen, den Eltern Kostenbeiträge zurückzuzahlen. Das fordern nach anfänglicher Skepsis jetzt auch die Grünen. „Klar ist aber, dass es eine freiwillige Leistung sein muss, auf die kein Rechtsanspruch besteht“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Silke Thomas. Der Streik sei von langer Dauer und stelle etliche Familien vor große Probleme. Erstattungen könnten die Eltern entlasten. Dabei betont Thomas, dass die zurückzuzahlende Summe an den tatsächlichen Beiträgen bemessen werden müsse – die Kosten im Kita-

Der Achimer FDP-Stadtverband geht in seinen Forderungen weiter als die Grünen. Die Liberalen wollen nicht nur, dass die Stadt den Eltern die Gebühren anteilig für die Streikzeit erstattet. Darüber hinaus solle die Stadt den geldwerten Anteil der Urlaubstage, die Eltern zur Betreuung ihrer Kinder nehmen müssen, bezahlen. Denn die Urlaubstage würden den Familien später an anderer Stelle fehlen. „Durch den Streik des Personals an den Kindertagesstätten werden viele Familien vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen gestellt“, betont der Achimer FDP-Sprecher Hans Baum. Die Verlässlichkeit der Betreuung sei infrage gestellt. Es

den Kita-Kosten zu erstatten. Den Familien entstünden darüber hinaus Kosten für Ersatzbetreuung oder sogar Verdienstauffälle durch zwangsweise genommenen Urlaub. Währenddessen flössen die Bundes- und Landeszuschüsse weiter an die kommunalen Träger der Kitas, obwohl die Betriebskosten durch Wegfall der Lohnzahlungen an die Streikenden teilweise eingespart würden.

Die SPD als stärkste politische Kraft in der Weserstadt hat noch nicht eindeutig Stellung zu dem Thema bezogen. „Wir sind noch in der Diskussion“, sagte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Herfried Meyer. „Es zeichnet sich jedoch

der FDP, auch zwangsweise genommene Urlaubstage zu entschädigen, wies Meyer als überzogen zurück. Er hoffe auf eine sachliche Debatte in der Sitzung des Sozialausschusses, erklärte Meyer.

Der Sozialausschuss kann lediglich eine Empfehlung aussprechen. Abschließend haben der Verwaltungsausschuss oder der Stadtrat über die Erstattungsfrage zu entscheiden. Im Landkreis Verden wird nicht nur in Achim, sondern auch in der Stadt Verden sowie in Thedinghausen erwogen, Kostenbeiträge der Eltern für Kitas und Krippen wegen des Streiks zu erstatten. Ebenso gibt es diese Diskussion derzeit in Bremen, Delmenhorst, Syke und Stuhr.